

**Internationaler Tag
der Menschenrechte
„Asyl ist Menschenrecht“
10.12.2021
Bochum**



Statements

OMAS GEGEN RECHTS Bochum & West



Einführende Worte

Wir OMAS GEGEN RECHTS Bochum & West stehen heute am Tag der Menschenrechte, einige Tage vor dem christlichen Fest der Nächstenliebe bereits zum dritten Mal in diesem Jahr hier in der Bochumer City, um gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik der EU zu protestieren und unsere Solidarität mit den geflüchteten Menschen zu zeigen sowie die Einhaltung der Menschenrechte auch an den EU-Außengrenzen einzufordern.

Weltweit befinden sich zurzeit rund 80 Mio Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt, Terror, Not und Elend in ihren Heimatländern. Zwei Drittel von ihnen sind Binnenvertriebene und verbleiben in ihren Heimatländern. Nur ein Drittel überschreiten die Grenzen ihres Heimatlandes und 9 von 10 dieser Menschen leben in den angrenzenden Nachbarländern. Nur ein geringer Teil macht sich auf den Weg nach Europa in der Hoffnung auf ein sicheres auskömmliches Leben. Doch die europäischen Länder schotten sich zunehmend vor den geflüchteten Menschen ab. Was derzeit mit geflüchteten Menschen an den EU-Außengrenzen passiert, verstößt tausendfach gegen geltende Menschenrechte und gegen die Menschlichkeit.

Nach wie vor sterben Frauen, Männer und Kinder auf der Flucht im Mittelmeer, im Atlantik, in den Wüsten, auf der Balkanroute und jüngst auch an der polnisch/belarussischen Grenze. Mit illegalen Push-backs wird ihnen das Recht auf Asyl in Europa verwehrt. Sie vegetieren in menschenunwürdigen Flüchtlingslagern entlang der EU-Außengrenze, ohne jegliche Hoffnung auf faire Asylverfahren. Stattdessen bauen die Länder der EU lieber Mauern und Zäune an den Außengrenzen und rüsten ihre Armeen auf, anstatt den geflüchteten Menschen ihr verbrieftes Recht auf Asyl zu gewähren und humanitäre Hilfe zu leisten. Damit verstoßen die Länder der EU bewusst gegen die international vereinbarten Menschenrechte.



Verlesen der Menschenrechte

Artikel 1:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen.

Artikel 3:

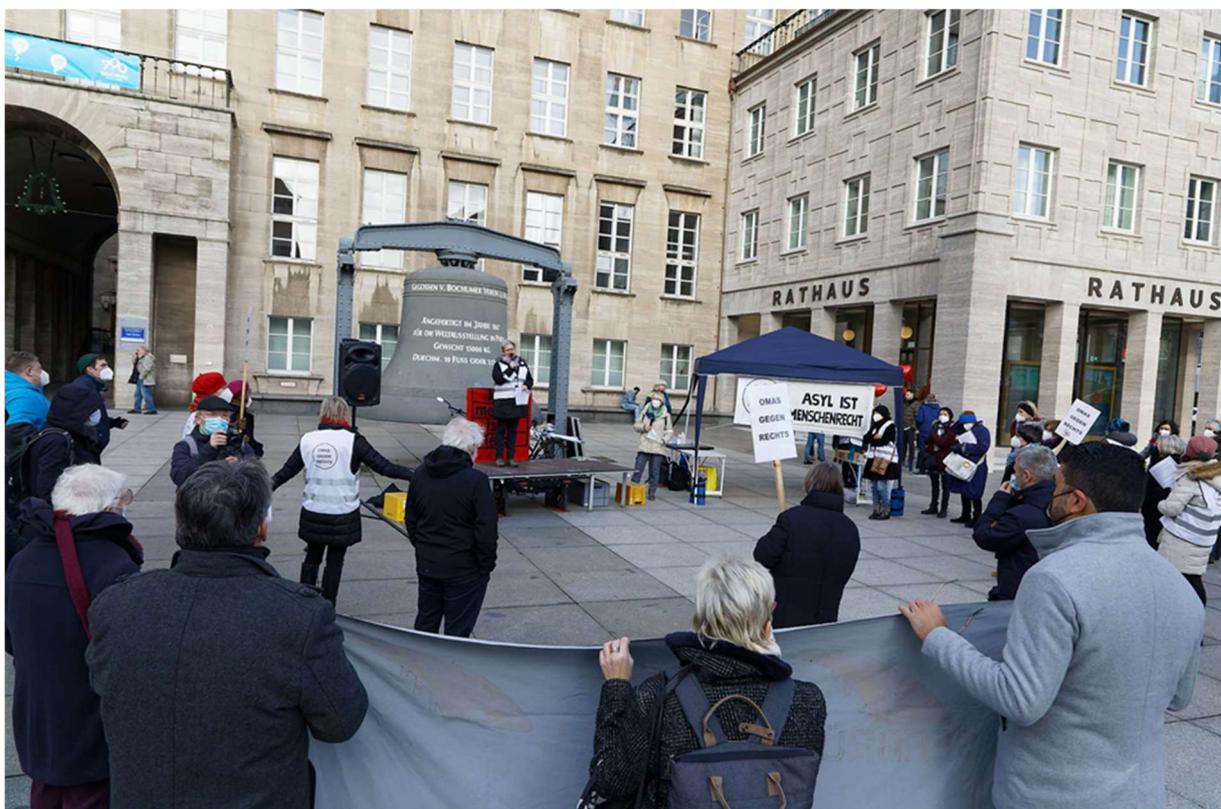
Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 13:

1. Jeder Mensch hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und den Aufenthaltsort frei zu wählen.
2. Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich des eigenen, zu verlassen und in das eigene Land zurückzukehren.

Artikel 14:

1. Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.



Statements

1. Flucht und Seenotrettung im Mittelmeer (Lioba)

Flucht ist keine Wohlstandserscheinung, sondern die legitime Notwendigkeit das eigene Leben aufgrund von Kriegen, Hungersnöten, Klima- und Umweltkatastrophen zu sichern.

Ich beklage, dass das, was im Mittelmeer passiert, kein Flüchtlingsboot-Tourismus, sondern tausendfache unterlassene Hilfeleistung ist.

Ich fordere die Achtung der rechtlichen Grundlage nach internationalem Seerecht, nach dem jedes Schiff verpflichtet ist, unabhängig von Nationalität, Status und Umständen, in denen sich die Hilfesuchenden befinden, bei Seenot unverzüglich Hilfe zu leisten. Diese Hilfe ist unabdingbar und muss von jedem europäischen Staat unterstützt werden; denn Menschen aus Seenot zu retten ist keine Frage für Debatten. Es ist eine Verpflichtung seit Menschengedenken, in deren Mittelpunkt das Leben und die Würde der Menschen stehen.



2. Flucht und Seenotrettung im Mittelmeer (Ute/Seebrücke)

Ich beklage, dass die Außengrenzen der Europäischen Union an Land und auf See zu Zonen geworden sind, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und mit kaltherziger Mitleidlosigkeit nicht nur gegen die in Lippenbekenntnissen beschworenen Werte der EU, sondern auch gegen internationales Menschen- und Flüchtlingsrecht systematisch und fortwährend verstoßen wird.

Sind die Außengrenzen auf dem Festland, z.B. Bosnien/Kroatien oder Belarus/Polen zu Elendszonen von Hunger, Kälte, Misshandlungen, Entwürdigung, Entrechtung und Lebensgefahr geworden, so gilt dies für das Mittelmeer schon seit langem.

Allein in diesem Jahr sind laut UNHCR 1589 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer oder im Atlantik ertrunken oder werden vermisst. (Stand 28.11.21) Von einer wesentlich höheren Dunkelziffer namenloser Todesopfer geht die Organisation aus. Es kann inzwischen niemandem unbekannt sein, dass es schon Tausende in den Jahren zuvor waren. (20.000 zwischen 2014 und 2020).

Die italienische Menschenrechtsorganisation CND schätzt, dass Tag für Tag 10 Menschen auf den Fluchtrouten nach Europa ums Leben kommen.

Ich beklage die lapidare Form, in der uns die Medien regelmäßig über ertrunkene Flüchtlinge und gesunkene Boote im Mittelmeer berichten. Mich erschüttert, dass diese Meldungen allmählich zur Gewohnheit geworden sind, und ich beklage, dass sie weder zu einem unüberhörbaren Aufschrei noch zu einer humanen Flüchtlingspolitik der EU führen.

Stattdessen haben die EU-Staaten die Seenotrettungsmissionen eingestellt. Die NGOs, die sich dieser Aufgabe annehmen, werden massiv behindert, in Mittelmeerhäfen anzulegen und müssen oft tage- und wochenlang warten, bis sie die Geretteten, die nach ihrer gefährlichen Überfahrt oft dehydriert, krank oder verletzt sind, an Land bringen dürfen. Oder sie werden durch abstruseste Vorwände, z.B. es seien zu viele Rettungswesten an Bord, daran gehindert, erneut auszulaufen.

Ich beklage das illegale Agieren der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, deren zunehmend militärische und technologische Aufrüstung Millionen Steuergelder verschlingt. Sie sieht tatenlos zu, wie z.B. in der Ägäis Menschen auf seeuntauglichen Rettungsinseln wieder zurück ins Meer gezwungen oder der Bordmotoren ihrer Boote beraubt werden. Und sie steht sogar im Verdacht, sich an diesen illegalen push-backs zu beteiligen.

Ich beklage, dass die Europäische Union sich nicht schämt, die Flüchtlingsabwehr in die Hände von Despoten (wie Erdogan in der Türkei) und gesetzlosen Banden wie der libyschen Küstenwache zu legen. Niemand kann heute noch behaupten, nichts von den Zuständen in libyschen Folterlagern zu wissen oder von der Ausbeutung der Flüchtlinge als Arbeitssklaven.

Ich fordere: Der Plan der neuen Ampelkoalition, sich für die staatlich organisierte Seenotrettung einzusetzen, darf kein leeres Versprechen bleiben. Hier darf nicht

wieder der Vorwand gelten, erst müsse eine Einigung aller EU-Staaten erzielt werden, wie bei der Verteilung der Geflüchteten.

Ich fordere ein Ende dieser billigen Ausreden und sofortiges humanitäres Handeln, auch im Alleingang Deutschlands. Auch die systematische bürokratische Verschleppung des Familiennachzugs muss beendet werden.

Das Grundrecht, Asyl zu beantragen, darf nicht auf Wunsch bestimmter Länder ausgesetzt werden. Schutzsuchende müssen ihren Asylantrag in Europa stellen dürfen und nicht - wie es die Ampelkoalition erwägt – in Drittstaaten außerhalb der EU.

Ich fordere: Schluss mit den Menschenrechtsverletzungen durch die Europäische Union und Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Das bedeutet u.a.:

- Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache und deren Finanzierung durch europäische Staaten muss beendet werden, denn sie verstößt gegen ein Urteil des EuGH, das Kollektivabschiebungen nach Libyen untersagt.
- Humanitäre und medizinische Überlebenshilfe für die Schutzsuchenden, die an der polnisch-belarussischen Grenze festsitzen
- Die illegalen push-backs müssen verhindert werden und die Verantwortlichen, v.a. Frontex- Personal, müssen bestraft werden.

Ich fordere: Nicht Grenzen, sondern Menschen müssen geschützt werden. Menschen, die vor Krieg, politischer Verfolgung, Hunger und Elend oder vor Existenzgefährdungen durch den Klimawandel fliehen, sind keine Bedrohung und erst recht keine „Waffen“.

Menschlichkeit ist kein Verbrechen und Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden.

Die Abschottungspolitik und der Ausbau der `Festung Europa` muss beendet werden.

Sichere und legale Fluchtwege müssen geschaffen werden!

Für das selbstbestimmte Recht zu kommen und zu bleiben.

Kein Mensch ist illegal!



3. Flucht über die Nordsee (Sabine)

Ich beklage, dass Migrant*innen nur mit einer gefährlichen Fahrt über den Ärmelkanal nach Großbritannien kommen können. Mindestens 27 Menschen sind hierbei am Mittwoch vor 2 Wochen unweit der Küste von Calais ertrunken. Siebzehn Männer, sieben Frauen aber auch zwei Jungen und ein Mädchen.

Ich beklage, dass an Frankreichs Küste hunderte Flüchtlinge auf ihre Chance warten, per Boot - oft auch mit ihren Kindern - nach England zu kommen. Schmuggler nutzen deren Elend häufig aus. Insgesamt sind in diesem Jahr hierbei mindestens 41 Menschen gestorben oder gelten als vermisst.

Ich beklage, dass die Camps der Flüchtlinge in der Gegend von Calais mehrmals wöchentlich mit polizeilichen Maßnahmen – auch unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken - geräumt werden. Hierdurch wurden bisher jedoch keine Neuankömmlinge abgeschreckt, sondern nur das Leid der Migrant*innen verschlimmert. Den Menschen dort wird keinerlei Rechtsstatus zugebilligt.

Ich fordere Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und den britischen Premierminister Boris Johnson auf, gemeinsame Schritte zur Verhinderung weiterer Flüchtlingsdramen zu vereinbaren und verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, die Schleuserbanden zu stoppen.

Ich fordere die britische Regierung auf, sichere und legale Möglichkeiten für Migrant*innen zu entwickeln, um nach Großbritannien reisen und sich dort einen sicheren Zufluchtsort suchen zu können.

Ich fordere die zuständigen Präfekten auf, die ständigen Räumungen von Migrantenlagern sowie die Beschlagnahmung des Eigentums dieser Menschen zu beenden.

Ich fordere stattdessen, den Menschen alternative Unterbringungsmöglichkeiten anzubieten und ihnen dabei zu helfen, eine informierte Entscheidung darüber zu treffen, ob sie Asyl oder einen anderen Status in Frankreich oder anderswo beantragen oder in ihre Heimatländer zurückkehren wollen.

Ich fordere die französischen Kinderschutzbehörden auf, mehr dafür zu tun, dass unbegleitete Kinder über ihre rechtlichen Möglichkeiten - einschließlich der Aufnahme in das Kinderschutzsystem - informiert werden.

Ich fordere ein Ende des menschenverachtenden Verhaltens an den Grenzen der EU und eine rechtsstaatliche Asylpolitik und -praxis für Europa. Jede*r der Ankommenden hat das Recht auf einen Asylantrag, ein rechtsstaatliches Verfahren und eine menschenwürdige Behandlung.



4. Flüchtlinge an der Grenze Polen/Belarus (Barbara)

Ich beklage, dass der belarussische Diktator Lukaschenko die EU mit Geflüchteten erpresst.

Ich beklage, dass die EU, die 2012 den Friedensnobelpreis als Anerkennung für viele Jahrzehnte Frieden, Versöhnung und Demokratie erhalten hat, zulässt, dass an der EU-Außengrenze Belarus -Polen das Menschenrecht auf Asyl mit Gewalt zerstört wird.

Ich beklage, dass die Menschlichkeit an den Außengrenzen mit Füßen getreten wird, dass Push-backs, die durch keine Konvention und durch kein Flüchtlingsabkommen legitimiert sind, an der Tagesordnung sind und dass wir über die Medien dieser Schande zusehen müssen.

Ich beklage, dass nicht sofort ein humanitärer Korridor vereinbart wurde, sondern mit dem Argument, dass die EU sich nicht erpressen lassen wolle und um zu verhindern, dass Flüchtlingswellen in die EU strömten, dieses verhindert wurde.

Ich beklage, dass die Flüchtlinge in den Heimatländern über ihre communities in der EU und social media keine Information über das, was sie in Belarus erwarten würde, bekommen haben, dass Fluchtrouten nicht schnell genug dicht gemacht wurden und Schleusern ihr verbrecherisches Handwerk gelegt wurde sowie Sanktionen gegen den Diktator verschärft wurde.

Ich fordere, dass die EU zu ihren selbstgegebenen Werten, insbesondere zu den Menschenrechten, steht und Flüchtlinge aufnimmt.

Ich fordere, dass die aufnahmewilligen Länder in der EU nicht länger durch das Prinzip der Einstimmigkeit blockiert werden und dass dadurch pragmatische Lösungen, die den Menschen helfen, möglich werden.

Ich fordere, dass verfassungsrechtlich geklärt wird, dass Kommunen, die sich zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben, Flüchtlinge aufnehmen dürfen. Mittlerweile wollen 115 Städte und Gemeinden aus dem Mittelmeer geretteten Menschen Aufnahme und Schutz bieten.

Ich fordere, dass die Bundestagsabgeordneten nach einer Lösung der verfassungsrechtlich aufgeworfenen Fragen suchen.

Ich fordere, dass die neue Bundesregierung die regionalen und kommunalen Initiativen für die Aufnahme von Geflüchteten unterstützen, indem in einem neuen Gesetz das eigenständige Vorgehen der Kommunen ermöglicht wird.



5. Unwürdige Zustände in den Flüchtlingslagern (Lydia)

Ich beklage, dass viele geflüchtete Menschen in unwürdigen Flüchtlingscamps in Libyen, in der Türkei, in Bosnien Misshandlungen ausgesetzt sind und die, die es über das Mittelmeer nach Europa geschafft haben, auf den griechischen Inseln ausharren müssen, ohne Aussicht auf ein rasches faires Asylverfahren, ohne zureichende medizinische Versorgung und ohne Schulbildung für die Kinder.

Ich beklage, dass die Flüchtlingslager vielfach abseits von Ortschaften entweder wie heruntergekommene Slums mit Zelten, Bretterbuden sowie Containern und neuerdings mit Geldern der EU wie Inhaftierungslager angelegt sind, in denen geflüchtete Menschen ihrer Menschenrechte beraubt wie Kriminelle behandelt werden.

Selbst Papst Franziskus sagte in diesen Tagen bei seinem Besuch in Griechenland: „Wirkliche Lager. Wo die Frauen verkauft werden. Die Männer werden gefoltert und versklavt. Wir beschwerten uns, wenn wir die Geschichten der Lager des vergangenen Jahrhunderts lesen, die der Nazis und die von Stalin. Und wir beklagen, wie das passieren konnte. Brüder und Schwestern, das passiert heute an den nahegelegenen Küsten.“ (Quelle: Tageschau, Wenn „Gleichgültigkeit“ zur „Krankheit“ wird)

Hier ein **Beispiel** von der Insel Samos:

(Quelle: FR vom 23.10.21, Kameras, Drohnen, Ausgangssperre: Geflüchtete in Griechenland hinter Stacheldraht)

„Farid Wali steigt aus dem Bus, er hält seine kleine Tochter Ava an der Hand. ...mit anderen stehen sie in einer langen Schlange ..

Eine Frau in einer Schutzweste tastet die beiden mit einem Metalldetektor ab. Dann dürfen sie den Vorplatz zu den Drehkreuzen betreten. Die Sonne reflektiert das Licht auf den weißen Containern, drei Meter hoher Maschendrahtzaun umgibt das Gelände. Darauf: NATO-Stacheldraht mit Widerhaken. Der Versuch, diesen Zaun zu überwinden, kann tödlich enden.

„Closed Controlled Access Center of Samos“ – übersetzt: „geschlossenes, kontrolliertes Ankunftscenter von Samos“ – steht auf einem Banner, das über Wali und seiner Tochter hängt. Die metallenen Drehkreuze knacken jedes Mal, wenn ein Mensch durch sie hindurch geht. Sicherheitsangestellte durchsuchen das Gepäck der Geflüchteten nach Sprengstoff. Jeder, der passieren will, muss seinen Fingerabdruck abgeben und bekommt eine Chipkarte.

Das Camp dürfen Wali und seine Tochter nur von acht Uhr morgens bis acht Uhr Abends verlassen. Die griechische Polizei und eine private Sicherheitsfirma patrouillieren 24 Stunden am Tag, Drohnen fliegen über das Areal, das 3000 Geflüchteten Platz bieten soll. Zahlreiche Überwachungskameras übertragen live Bilder aus dem Lager in eine Kommandozentrale. Manche Kameras sind so montiert, dass sie bei geöffneter Tür die Betten der Geflüchteten filmen.

Rund um das Lager patrouillieren durchgehend Polizeiautos, drinnen uniformierte Sicherheitsbeamte. Das Gelände ist übersät mit Lautsprechern, Überwachungskameras und Bewegungsmeldern. Gab es früher kaum jemanden, der

sich um ihre Belange kümmerte, sind die Geflüchteten jetzt eingezäunt und unter ständiger Beobachtung von der griechischen Polizei, einer privaten Sicherheitsfirma und den EU-Agenturen. Die EU-Kommission schreibt auf Anfrage, der Zaun rund um das Lager sei dazu da, die Geflüchteten zu schützen – und nicht dafür da, sie einzusperren.

Besonders umstritten ist die sogenannte Haftanstalt „Prokeka“ im hinteren Teil des Lagers. Dort werden Geflüchtete eingesperrt, die einen negativen Asylbescheid erhalten haben – bis sie abgeschoben werden. Bis zu 960 Menschen können in diesem Abschiebegefängnis bis zu 18 Monate lang inhaftiert werden und dürfen das Gelände nicht verlassen. Das Anti-Folter-Komitee (CPT) des Europarats verurteilte die Zustände in der Abschiebehaft in den vergangenen Jahren mehrmals. Die Haftbedingungen würden unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleichkommen.

Ich beklage, dass die EU lieber Milliarden Euro in Flüchtlingslager an den Außengrenzen investiert, anstatt das Geld für Integrationsmaßnahmen der geflüchteten Menschen innerhalb Europs zu investieren.

Griechenland bezahlt mit 37 Millionen Euro aus dem EU-Covid-19-Fond, der eigentlich die Wirtschaft wieder ankurbeln sollte, - man höre und staune - das Überwachungssystem für geflüchtete Menschen. Die Türkei streicht nach dem EU-Türkei-Abkommen 2016 satte sechs Milliarden Euro für die Aufnahme der geflüchteten Menschen im Land ein. Diese Aufzählung ließe sich noch weit fortsetzen. (Quelle: Zeit, 31.10.2021, Wenn ich ein Turmschuh wär)

Ich fordere für geflüchtete Menschen die Anwendung des Artikels 13:

- (1) Jeder Mensch hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und den Aufenthaltsort frei zu wählen.
- (2) Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich des eigenen, zu verlassen und in das eigene Land zurückzukehren.

Ich fordere die sofortige Auflösung der Flüchtlingslager an den EU-Außengrenzen sowie eine sofortige Aufnahme und Verteilung der Asylsuchenden in den aufnahmebereiten Staaten Europas! In Deutschland haben sich zahlreiche Städte zu Sicheren Häfen erklärt. Auch Bochum! Sie stehen bereit, ihren Beitrag zu leisten.



6. Diskriminierende Sprache – Flucht ist kein Verbrechen (Bärbel)

Ich beklage, dass Flüchtende von der Politik nicht mehr als schützenswerte Menschen angesehen werden.

Ich beklage, dass das Abdrängen von Booten auf dem Mittelmeer, das gewaltsame Zurückprügeln über die europäischen Außengrenzen verharmlosend als „Push-back“ bezeichnet wird.

Ich beklage, dass Flucht als "hybrider Angriff" - von der Leyen vor der EU in Zusammenhang mit Schleusern - bezeichnet wird.

Ich beklage, dass flüchtenden Menschen 12.000 "kampfbereite" Soldaten - polnischer Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak - entgegengestellt werden.

Ich beklage, dass die Flüchtenden, die ein Boot steuern, ein Auto fahren, als „Schleuser“ - bereits geschehen in Griechenland und Italien - bezeichnet und verurteilt werden.

Ich beklage, dass von „Flüchtlingswelle“ gesprochen wird, wenn in Deutschland in 2020 ~ 150.000 Asylanträge gestellt wurden. Die Türkei beherbergt z.B. 3,7 Mio Flüchtlinge und Asylsuchende.

Ich beklage, dass Flucht in die EU als „unerlaubter Grenzübertritt“ nach Ungarn Geflüchteten Gefängnisaufenthalte einbrachte.

Ich fordere, dass an den EU-Grenzen Flüchtende in Notsituationen auf dem Meer oder bei Flüchtlingstrecks als **Menschen** gesehen und behandelt werden; sie also zu retten und einen Asylantrag stellen lassen.

Ich fordere die Politik auf, die Grenzschützer anzuweisen, jegliche Kampfhandlung gegenüber Flüchtenden einzustellen.

Ich fordere, das Steinewerfen von 60-70 Flüchtenden an der polnisch/belarussischen Grenze nicht als „Angriff“ auf die dort stationierten, gut ausgerüsteten 12.000 Soldaten zu bezeichnen.

Ich fordere, in Zusammenhang mit flüchtenden Menschen nicht von „Krieg, auch nicht hybrider Krieg (von der Leyen), kriminellen Schleusern oder krimineller Grenzübertretung, Herrschaft des Unrechts (Seehofer 2016)“ zu sprechen und zu schreiben.



7. Kriminalisierung der Opfer und Helfer*innen (Brigitte)

Ich beklage, dass die Europäische Union in den letzten Jahren dafür gesorgt hat, dass das juristische Vorgehen gegen Schlepperei und Menschenhandel zu einem erbitterten Kampf gegen Flüchtlinge umfunktioniert worden ist.

Im Jahre 2011 hat eine EU- Richtlinie dazu geführt, dass die Mitgliedsstaaten das Mindest-Strafmaß für Schlepperei und Menschenhandel deutlich erhöht haben. Nach dieser Richtlinie sollte Schlepperei bestraft werden, wenn sie „im Rahmen einer kriminellen Vereinigung“ begangen wurde oder das Leben der Opfer gefährdete. Das klingt erst einmal nicht gefährlich.

Allerdings muss man genauer hinsehen, wie der Tatbestand der Schlepperei ansonsten inhaltlich gefüllt ist. Und hier trat im Jahre 2015 eine drastische Veränderung ein, die dazu führte, dass aus den Opfern der Schlepperei – den Flüchtlingen – plötzlich Täter wurden.

Vor 2015 wurde davon ausgegangen, dass es einen Täter – den Schlepper – gab, der aus einem Gewinninteresse heraus gehandelt hat, der sich also für seine „Dienstleistung“ – die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer – bezahlen ließ und daran verdient hat.

Genau dieses Tatmerkmal wurde aus der Definition der Schlepperei gestrichen.

Welcher Effekt trat damit ein?

Schlepper gingen angesichts der höheren Strafen dazu über, die Boote nicht mehr selbst zu steuern, sondern übertrugen diese Aufgabe den Flüchtlingen selbst, denen natürlich in aller Regel die nötige Sachkenntnis fehlte. In der Folge kam es zu immer mehr Unfällen auf dem Mittelmeer, es starben immer mehr Menschen. Und die Flüchtlinge, die die Boote gesteuert hatten, wurden, wenn sie die Überfahrt geschafft hatten, am Ende als Schlepper vor Gericht gestellt, ganz so, als ob sie ein mafiöses Geschäft mit dem Leben der anderen Flüchtlinge betrieben und nicht etwa selbst für die gefährliche Fahrt hätten bezahlen müssen. Allein das Steuern der Boote reichte für den Vorwurf der Schlepperei aus. Jetzt stehen also die Flüchtlinge selbst als Schlepper vor Gericht, ihnen drohen langjährige Gefängnisstrafen, während diejenigen, die an der Sache verdient haben, juristisch unbehelligt bleiben.

So werden aus Opfern Täter gemacht.

Und auch diejenigen, die versuchen den Flüchtlingen zu helfen, geraten immer öfter ins Visier der Justiz:

Einige Beispiele:

- Aktuell läuft ein Verfahren gegen Sean Binder und Sarah Mardini, die als Rettungstaucher für eine NGO auf Lesbos gearbeitet haben. Im Rahmen dieser Aufgaben hielten sie nach Booten in Seenot Ausschau und kümmerten sich um Schiffbrüchige.
- Im italienischen Trapini stehen u.a. 10 Mitglieder der Crew des Rettungsschiffs Iuventa vor Gericht, die 2016 und 2017 Tausende von Menschen aus Seenot gerettet haben.
- In Griechenland muss sich Ayoubi Nadir vor Gericht verantworten, der nur knapp die Havarie seines Bootes überlebte, aber dabei seinen 6-jährigen Sohn verlor.

Die Liste ließe sich fortsetzen.

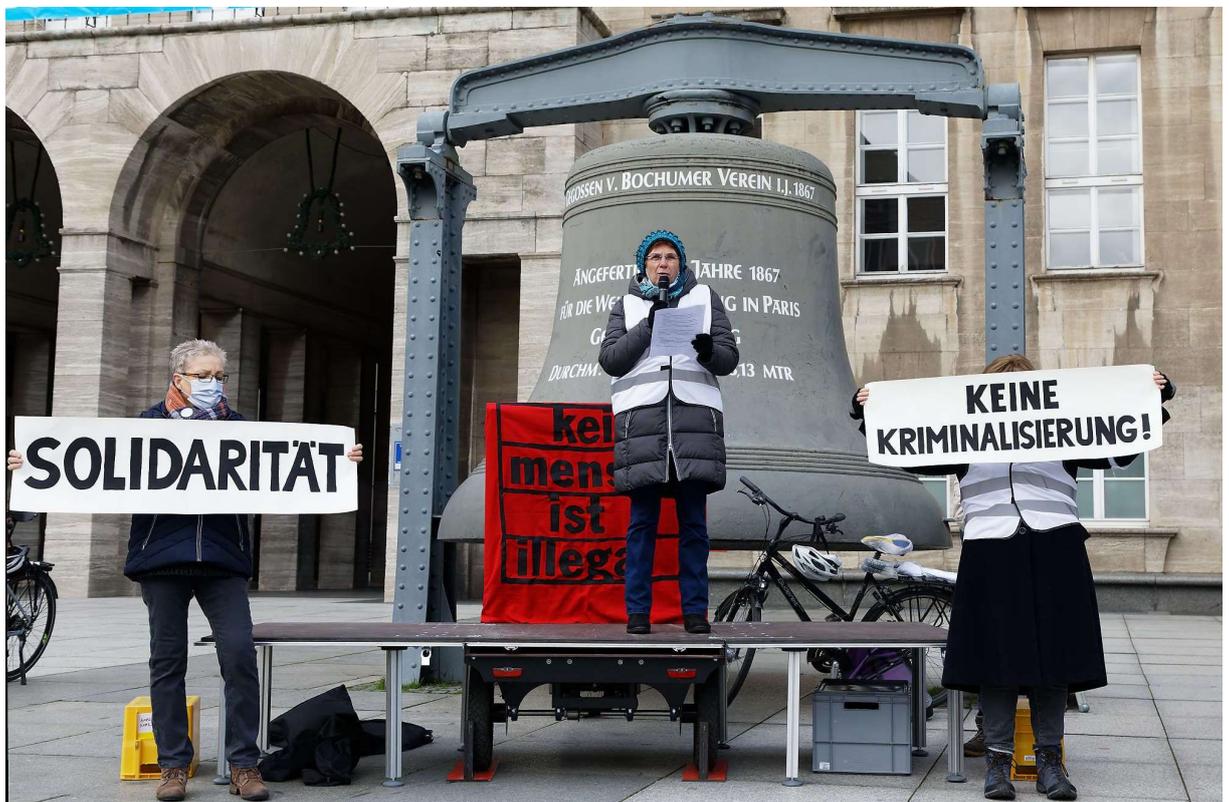
Gerade als Bürgerin eines Landes, aus dem in der Vergangenheit viele Menschen vor Diktatur und Gewalt fliehen mussten, macht mich dieses Vorgehen der Europäischen Union fassungslos und wütend. Hier werden grundlegende Werte der EU mit Füßen getreten und das Menschenrecht auf Asyl faktisch abgeschafft.

Ich fordere:

- Eine Rückkehr der Europäischen Union zur bedingungslosen Achtung der Menschenrechte!
- Sichere Zugangswege für Schutzsuchende!
- Aufnahme und Verteilung der Geflüchteten in den aufnahmebereiten Städten und Gemeinden Europas!

DENN:

Solidarität hat keine Außengrenzen und Menschenrechte sind unteilbar!



Gastredner: Serdar Yüksel (Bochumer Landtagsabgeordneter, SPD)



Theater Löwenherz: Hendrik Becker und Lasse lesen aus „Ronja Räubertochter“.



Spendenaufruf für die „forgotten 26“ in Afghanistan (Lydia)

Zum Schluss haben wir OMAS GEGEN RECHTS noch eine Bitte:

Zum 31.08. 21 verließen die Truppen der USA und ihrer Verbündeten, auch deutsche Truppen, überstürzt Afghanistan und überließen die Menschen der Herrschaft der gewaltsamen Taliban. Nur wenigen afghanischen Mitarbeiter*innen/Ortskräften gelang es, einen Platz in den Evakuierungsflugzeugen zu bekommen.

Viele Ortskräfte, die für die ausländischen Truppen und NGOs gearbeitet hatten, als Übersetzer, Fahrer, Fluglotsen, Versorger blieben zurück und mussten fortan um ihr Leben und das Leben ihrer Familien bangen. Sie leben in Verstecken ohne Einkommen. Noch immer halten sich 70% der Ortskräfte in Afghanistan auf mit wenig Hoffnung auf eine Ausreise, da sie Pässe bei der Talibanregierung beantragen müssten. Ein Ding der Unmöglichkeit, wenn sie am Leben bleiben möchten. Inzwischen liegt die Wirtschaft am Boden. 50% der Afghaninnen und Afghanen, insbesondere Frauen und Kinde, leiden Hunger.

Die OMAS GEGEN RECHTS Deutschland-Bündnis unterstützen gemeinsam mit Axel Steier von der Mission Lifeline eine Gruppe von zurückgelassenen Ortskräften, die „forgotten 26“, um sie aus Spendengeldern in ihren Verstecken mit Nahrungsmitteln zu versorgen und ihnen die Ausreise mit gekauften Pässen zu ermöglichen.

Dafür wurde eine Spendenkonto auf betterplace eingerichtet sowie eine Postkartenaktion ins Leben gerufen, mit der unser bisheriger Außenminister Heiko Maaß und unsere jetzige Außenministerin Annalena Baerbock aufgefordert werden, sofort alle zurückgelassenen Ortskräfte und ihre Familien zu retten und in Europa aufzunehmen.

Bitte unterstützen Sie diese Aktion. Spenden Sie und schicken Sie die Postkarten an das Außenministerium.

<http://www.betterplace.me/hilfe-fuer-die-verlassenen-ortskraefte>.

Konzipiert, gestaltet und vorgetragen von OMAS GEGEN RECHTS Bochum & West:

Anette, W., Barbara B., Bärbel v.E., Brigitte G., Imke O., Ingrid B., Lioba S., Lydia M., Sabine M., Ute M. (Seebrücke)

Kontakt: omasgegenrechts-bochum@gmx.de

Fotos: Stefan Nölle, Lydia Möbs

